

Karl Heinrich Pohl

Sachsen 1923

Das *linksrepublikanische Projekt* –
eine vertane Chance für die Weimarer Demokratie?





Karl Heinrich Pohl

Sachsen 1923

Das *linksrepublikanische Projekt* –
eine vertane Chance für die Weimarer
Demokratie?

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2022 Vandenhoeck & Ruprecht, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen, ein
Imprint der Brill-Gruppe (Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA
Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH,
Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill
Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, Verlag
Antike, V&R unipress.

Umschlagabbildung: Reichswehrkompanie auf dem Weg zum Landtag in
Dresden, 1923 (© Ullstein Bild/Robert Sennecke)

Umschlaggestaltung: SchwabScantechnik, Göttingen
Satz: textformart, Göttingen | www.text-form-art.de
EPUB-Erstellung: Lumina Datamatics, Griesheim

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-
verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

ISBN 978-3-647-99367-6

Inhalt

Einleitung

Sachsen und das Reich
Stand der Forschung
Leitfragen
Quellengrundlage
Besondere Analyseinstrumente

Vom Kaiserreich zur Republik

Sachsen auf dem Weg zum »Freistaat«
Sachsen in und nach der Revolution
Die Sozialisten an der Regierung: Auf dem Wege zum »linksrepublikanischen Projekt«

Das Krisenjahr 1923: Das Reich

Politische Lage

Die Rheinlandbesetzung
Die Inflation

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Soziale Lagen, Gewerkschaften und Unternehmer

Die Rolle der Reichswehr

Bayern und Sachsen

Das Krisenjahr 1923: Sachsen

Die sächsische Sozialdemokratie

Sächsische Regionen und sozialistische Partei(en)
»Alt« gegen »Jung« - Ein Dilemma der Sozialisten

Die Kommunisten in Sachsen

Der Einfluss »Moskaus« auf die Politik in Sachsen
Die kommunistische Politik
Regionale Gliederung der KPD
Die Regierungsbildung und ihre Schwierigkeiten
Die Planung der Oktoberrevolution
Fallstudie 21. Oktober 1923: Die Tagung in Chemnitz

Das bürgerliche Spektrum

Kommunal- und Verwaltungsebene
Landtagspolitik
Politik der Unternehmer

Rahmenbedingungen

Politische Rahmenbedingungen

Erich Zeigner und das *linksrepublikanische Projekt*

Wirtschaftskrise 1923

Die Rolle der Gewerkschaften
Unternehmer und sozialistische Politik
Die Rolle der sozialistischen Regierung(en)

Kulturelle Rahmenbedingungen

Politische Kultur im sächsischen Parlament

Die Sozialisation der Abgeordneten
Ordnung, Regeln, Umgangsformen
Sprache im Parlament

Die Auseinandersetzungen um die gesetzlichen Feiertage

Die Diskussion um den 1. Mai und den 9. November
Rede von Heinrich Mann am 11. August 1923

»Sächsische Gewalt«: Das Beispiel Erzgebirge-Vogtland

Reichspolitik, Militär und »Proletarische Hundertschaften«

Der Einfluss des Reiches
Die Reichswehr und Reichswehrminister Geßler
Reichsregierung und Reichskanzler Stresemann
Der Reichspräsident

Die »Schwarze Reichswehr« und die »Proletarischen Hundertschaften«

»Die Gefahr von rechts«: Die »Schwarze Reichswehr« und ihre nationalistischen Hilfsverbände
Fallbeispiel: Die bayerische Gefahr
»Proletarische Hundertschaften«

Das *linksrepublikanische Projekt* und seine Leistungen.

Schulpolitik im *linksrepublikanischen Projekt* 1919-1923
Polizeireform im neuen Sachsen: Die Rolle Hermann Schützingers
Die Bedeutung der Regierungskommissare
Fallbeispiel: Eduard Krippner und die bayerische Gefahr

Ausgewählte Reformbereiche

Gemeindeverfassungsreform
Gewerbeaufsicht
Exkurs: Die Beamtenpolitik

Das Ende des *linksrepublikanischen Projektes*.

Der Einmarsch der Reichswehr und die »Rache« der Sieger
Der »Fall Zeigner«

Dank

Abkürzungsverzeichnis

Quellen- und Literaturverzeichnis

Bildnachweise

Personenregister

Einleitung

Sachsen und das Reich

Das Jahr 1923 symbolisiert seit fast einhundert Jahren im politischen Selbstverständnis vieler Deutscher eine schwere Krise.¹ Es steht für die schreckliche Inflation und ihre Bewältigung, für einen gewaltigen wirtschaftlichen Einbruch, für die Besetzung von Rhein und Ruhr und die letztlich gelungene Bewahrung der Reichseinheit, für den Hitlerputsch in Bayern und dessen vorläufiges Scheitern. Es markiert zugleich aber auch den Beginn der Stabilisierung der Weimarer Republik. Nach diesem Krisenjahr 1923, so die gängige Geschichtserzählung, ging es in Deutschland voran. Es folgten die »Goldenen 20er Jahre«.²

Geradezu störend für diese Sicht scheinen die Ereignisse in Sachsen im gleichen Jahr zu sein.³ Das herrschende Narrativ ist allerdings auch hier eindeutig: Die sächsische Politik der dortigen Linksregierungen habe zuerst Sachsen und dann auch die Republik destabilisiert, einem kommunistischen Putschversuch – bewusst oder unbewusst – Vorschub geleistet und dem Einfluss Moskaus und der II. Internationale Tür und Tor geöffnet. Aus diesem Grunde sei die Absetzung der Regierung Zeigner in Sachsen 1923 notwendig und sinnvoll gewesen. Der »Sachsenschlag« der Reichswehr habe den Bestand der Republik bewahrt und das Reich vor Chaos und Kommunismus gerettet.⁴

Diese Studie will diese gängigen Deutungen kritisch überprüfen. Die Ausgangsüberlegungen lauten daher: War die Entwicklung in Sachsen wirklich so

republikgefährdend, wie allgemein angenommen wird? Versuchte nicht vielmehr – so die These – die demokratisch legitimierte Regierung in Sachsen, die 1923 gefährdete Republik zu stabilisieren, ja, zu retten? Wollte sie, im Gegensatz zur Reichspolitik, zu großen Teilen des Bürgertums und der Konservativen, zu Militär und Wirtschaft, nicht die soziale und demokratische Republik festigen, so wie es die Revolutionäre 1918/19 ursprünglich gewollt hatten? War ihre Absetzung daher nicht ein Glück, sondern eher ein Unglück?

Zur Untermauerung dieser Überlegungen ist ein kurzer Blick zurück zur Revolution von 1918/19 und ihren Folgen notwendig.⁵ 1918 gab es in der Tat gute Voraussetzungen für ein Gelingen dieser Revolution: Es existierte bereits ein ausgebildetes Parteiensystem. Es gab liberale Verhältnisse in den süddeutschen Staaten. Auch die freie Presse, die weltweit beachtete, ja bewunderte Kommunalpolitik, die allmähliche Parlamentarisierung schon im frühen 20. Jahrhundert, die Stärke der reform- und parlamentarisch orientierten Sozialdemokratie und ein teilweise durchaus liberales Bürgertum sowie viele weitere Faktoren stellten gute Voraussetzungen für einen Erfolg dar.

Das alte kaiserliche Regime schien zudem abgewirtschaftet zu haben, hatte den Krieg verloren und eine mächtige und gut organisierte Opposition, die Sozialdemokratie, stand zur Machtübernahme bereit. Von den Siegern des Weltkrieges wurde zudem gefordert, demokratische Verhältnisse in Deutschland herzustellen. Das kam den Revolutionären ebenfalls zugute.⁶ Trotzdem aber konnte sich – das ist das bekannte Ergebnis – das »Weimarer System« nicht stabilisieren. Spätestens 1933 war die Republik ganz am Ende, die Revolution gescheitert.⁷

Über die Gründe ist sich die Wissenschaft weitgehend einig.⁸ Die nach sozialer Demokratie strebenden Kräfte

waren nicht stark genug, um die neue demokratische Staatsform durchzusetzen, sie grundsätzlich um- und weiter auszubauen, gar einen Neuanfang zu wagen und die Demokratie gegen ihre vielen Feinde zu verteidigen. Die ungeheuren Herausforderungen der Zeit und die obrigkeitsstaatlich geprägten Strukturen des alten Systems waren offenbar eine zu große Hypothek. Hinzu kamen die enormen Belastungen durch den verlorenen Krieg, den ungeliebten Versailler Vertrag, die erheblichen Reparationszahlungen wie auch eine internationale Ächtung, die die Krisensituation drastisch verschärften. Unter diesen Umständen hatten sich die demokratiefeindlichen Kräfte alsbald restituieren können.

Zwar bekannte sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 noch eine große Mehrheit der dort Versammelten - mehr als drei Viertel - öffentlich zu einer demokratischen Überzeugung. Doch das trog ganz offensichtlich. Viele der 1919 gewählten Abgeordneten verhielten sich nur den Zeitumständen angepasst höchst demokratisch. Das aber änderte sich bereits 1920 und wenige Jahre später noch viel stärker, etwa bei den Wahlen 1924. Wie sich dieser Trend weiter entwickelte, sollte sich in den nächsten Jahren zeigen.

Diskutiert wird in der Forschung daher vor allem, ob der Misserfolg nicht den zögerlichen Revolutionären und ihren vermeintlichen Unterlassungen anzulasten sei. Hätten die Revolutionäre, gemeint sind damit in der Regel die sozialistischen Kräfte, nicht viel größere Veränderungen durchsetzen, stärkere Brüche (ja, den großen Bruch) in Kauf nehmen müssen, gegen die bremsenden Kräfte? Hätte es einen »dritten Weg« zwischen Räte­demokratie und »Weimarer System« geben können, mit dem Ziel, ein stärker sozial orientiertes System zu etablieren, ein System, das die bestehenden Strukturen wirklich

aufgebrochen und vor allem die alten Eliten noch stärker entmachtet hätte?⁹

Allerdings hätte ein solcher Bruch nur eine sehr beschränkte demokratische Legitimation besessen. Er hätte gegen starken Widerstand, etwa von Bürgertum, Katholiken und Konservativen, aber auch gegen einen Teil der Sozialdemokratie durchgesetzt werden müssen, die solche - parlamentarisch nicht legitimierten - Änderungen prinzipiell ablehnten.¹⁰ Daher waren die Sozialisten wegen der Mehrheiten im Reichstag immer auf politische Kompromisse angewiesen, konnten niemals ihre Ziele ohne Einschränkungen durchsetzen. Kurzum: Es fehlten also der Wille und zugleich eine politisch und parlamentarisch legitimierte Basis, um einen grundlegenden Umbruch zustande zu bringen. Diese Umstände führten dann zu dem Kompromiss von Weimar.

In Sachsen hingegen sah die Situation ganz anders aus.¹¹ Dort gab es immer eine sehr starke links dominierte, zugleich auch revolutionäre Arbeiterbewegung, die, anders als im Reich, politisch nur bedingt auf Kooperationen mit dem Bürgertum angewiesen war. Der linke Flügel dieser Sozialdemokratie wollte die Revolution von 1918/19 auch in den folgenden Jahren nicht für beendet erklären, sondern war entschlossen, sie trotz erheblicher interner Konflikte weiterzuführen. In Sachsen sahen die Sozialisten die Folgen der nicht vollendeten Revolution im Reich sehr deutlich - und sie versuchten, genau eine solche Entwicklung zu verhindern.

In Sachsen wollten sie den nach der Revolution eingeschlagenen Weg einer erfolgreichen sozialistischen Politik auch in Zukunft gehen, unabhängig vom Geschehen im Reich. Wenn längerfristige und tragfähige, die Zeit überdauernde Veränderungen geschaffen werden sollten, dann musste in Sachsen daher viel mehr geschehen als im Reich. Das schien Erfolg versprechender zu sein, als nur

das Wenige der Revolution zu retten, worauf sich die Politik der Reichsregierung offenbar beschränkte.

Die Motivation für politisches Handeln und für ein Weiterführen der Revolution war für die Sozialisten in Sachsen auch wegen ihrer Geschichte im Kaiserreich besonders groß. Dort hatte der Klassenstaat dominiert. Alle noch so bescheidenen politischen Forderungen der starken Sozialisten hatten - anders als etwa in den süddeutschen Staaten - keine Realisierungschancen gehabt. Nach der Revolution 1918/19 besaßen nun aber die »Linken«, so soll das sozialistische Spektrum hier einmal verkürzt genannt werden, die geradezu einmalige Chance, eine politische, ökonomische sowie auch eine Bildungsrevolution zu verwirklichen. Dieser Weg sollte nun, auch gegen den Willen einer starken bürgerlich-konservativen Minderheit, aber eben immer nur einer parlamentarischen Minderheit, gegangen werden.

Verstärkt wurde der Handlungsdruck durch die chaotischen Umstände des Jahres 1923. Das Krisenjahr 1923 traf Sachsen ökonomisch ganz besonders hart. Hunger und Inflation trieben die Arbeiter dort auf die Straße. Hinzu kam die politische Rechtsdrift. Das Reich drohte in eine autoritäre Diktatur abzugleiten, selbst wenn der Reichspräsident ein Sozialdemokrat war. Zudem wurde die Dominanz der Reichswehr immer deutlicher, die Bedeutung einer »Schwarzen Reichswehr« immer offensichtlicher und die Umgehung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle immer klarer. Nicht zuletzt schien im Jahr 1923 in Sachsen eine Kooperation mit den Kommunisten möglich zu sein, eine Vorbedingung für die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit.

Das alles bestärkte die sächsischen Sozialisten darin, eine neue, linke Politik zu wagen. Das waren Ursachen und zugleich Grundlagen, um das *linksrepublikanische Projekt*

(Karsten Rudolph)¹² in Angriff zu nehmen. Der im Reich steckengebliebenen Revolution sollte so neuer Schwung und eine neue, weiterreichende Perspektive verliehen werden. Jetzt oder nie, so kann man die Situation, etwas pathetisch ausgedrückt, zusammenfassen.

Offenbleiben muss allerdings, ob in einem relativ kleinen Land, wie Sachsen es war, die Politik verwirklicht werden konnte, die im Reich nicht möglich gewesen war. Zudem war die Gegnerschaft gegen eine solche Politik sehr groß – im Reich, bei den »Berliner« Sozialisten und auch in Sachsen selber. Ein besonderes Problem – für die Befürworter, aber noch mehr für die Gegner des Projektes – ergab sich vor allem aus der Tatsache, dass dieses nur zusammen mit den höchst unzuverlässigen sächsischen Kommunisten gestaltet werden konnte, die für das Bürgertum das größte Feindbild verkörperten. Ein solches Vorgehen zusammen mit den Kommunisten entsprach jedoch den gegebenen Mehrheitsverhältnissen in Sachsen. Trotz großer Bedenken – auch innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie – wurde daher dieser Versuch unternommen.

Dieses, euphorisch gesagt, geradezu wagemutige *linksrepublikanische Projekt* mit seinen weitgehenden Zielen, mit seinen Ideen und seinen Chancen, mit seinen (kleinen) praktischen Erfolgen, mit seinen Illusionen und seinen großen Mängeln, mit dem Widerstand im Land und Reich, aber auch mit der Unterstützung der politischen Linken steht hier im Mittelpunkt. Dabei geht es letztlich um die Frage, ob in Sachsen im Jahr 1923 ein linkes politisches Modell als Alternative zu »Weimar« entwickelt wurde, das für Deutschland hätte zukunftsweisend sein und die Demokratie hätte retten können – oder aber nicht.

Stand der Forschung

So unübersichtlich wie das Geschehen in Sachsen selber stellte und stellt sich auch die Literatur dar: Kontrovers, oftmals ideologisch beeinflusst, höchst verschieden interpretierend, partiell sehr materialreich, aber immer noch viele Fragen offenlassend. Vor allem aber waren die Analysen öfter als gewöhnlich von dem politischen Standpunkt der Betrachter und den politischen Systemen, denen sie sich verbunden fühlten, beeinflusst.¹³

Grundsätzlich wird das Ereignis von der Forschung auch heute noch höchst ambivalent beurteilt, selten positiv, meist negativ, aber nie gleichgültig und ohne tiefe Emotionen.¹⁴ Es mangelt allerdings immer noch an konkreten Kenntnissen über dieses bedeutende Jahr in Sachsen. Paradigmatisch für den Stand der Erinnerungskultur und zugleich für relatives Unwissen über diese Ereignisse kann das im Jahr 2021 erschienene Schulbuch »Geschichte, Gesellschaft konkret« stehen. In ihm heißt es unter dem Obertitel »Krisenjahr 1923 - wie gelang es, die Demokratie zu erhalten?« über Sachsen nur knapp: »In Thüringen und Sachsen bildeten die KPD und linke Sozialdemokraten Arbeiterregierungen, im Versuch, einen kommunistischen Staat zu gründen. Diese Revolutionsversuche wurden von der Reichswehr niedergeschlagen«. ¹⁵ Bei aller Interpretationsfreiheit für vergangenes Geschehen: Das trifft die Ereignisse des Jahres eher wenig.

Die Historiografie zum Thema *linksrepublikanisches Projekt* hat angesichts der vielen Emotionen, die damit noch immer verbunden sind, daher eine lange, kontroverse Geschichte. Viele Jahre wurde das *linksrepublikanische Projekt* in der Historiografie allerdings stark vernachlässigt. Später wurde es dann von den einen (den eher »linken« Historikern) positiv bewertet,¹⁶ von den anderen (den eher konservativen Historikern) als negativ abgelehnt.¹⁷ Diese Fronten haben sich aber allmählich

aufgeweicht. Trotzdem hat sich auch 100 Jahre nach dem Geschehen in Sachsen noch keine herrschende Lehrmeinung herausgebildet. Das Sachsen der 1920er Jahre bleibt in seiner Bedeutung sowohl unter- als auch überschätzt.

Die ersten Darstellungen in der Nachkriegsliteratur stammten vor allem von Autoren aus der DDR. Diese interpretierten das Geschehen in Sachsen – insbesondere die Haltung der Kommunisten – meist im Sinne ihres dort vertretenen Sozialismus höchst positiv, ja geradezu euphorisch. Dabei bestand die besondere Schwierigkeit für sie unter anderem darin, dass führende Kommunisten aus Sachsen nur bedingt den ideologischen Vorstellungen der damaligen II. Kommunistischen Internationale und vor allem auch denen der SED nach 1945 entsprachen. Wichtige kommunistische Akteure galten in der DDR lange Zeit als politische Abweichler, deren Verhalten aber doch insgesamt positiv gewürdigt werden sollte, eine schwierige Aufgabe. In diesem Kontext wären etwa die Biografien von Wolfgang Kießling¹⁸ über Ernst Schneller, die Studie über Ernst Thälmann von einem Autorenkollektiv um Günter Hortschansky oder aber die Erinnerungen von Rolf Helm über seine sächsische Zeit zu nennen.¹⁹

Nach der Wiedervereinigung 1989 haben sich dann auch ideologisch weniger fest eingebundene Autoren den Problemen der KPD und ihrer Führer in Sachsen intensiver gewidmet.²⁰ Genannt seien hier etwa Florian Wilde mit seiner Studie über Ernst Meyer,²¹ Jens Becker mit der Biografie von Heinrich Brandler²² oder einer der besten Kenner der kommunistisch-sozialistischen Szene, Mario Keßler, mit den Lebensgeschichten Ruth Fischers und Arthur Rosenbergs.²³

Nach 1989 setzte dann allgemein ein bescheidener »Sachsen-Boom« in der deutschen Geschichtsschreibung ein, ausgelöst u. a. durch die Öffnung der sächsischen

Archive. Sachsen und seine Sozialdemokratie waren bis dahin weitgehend »übersehen« worden, denn Preußen, aber auch die süddeutschen Sozialdemokraten schienen für die Forschung wichtiger gewesen zu sein. Eine erste Zwischenbilanz dieser neuen Sachsenforschungen stellte der von Simone Lässig und Karl Heinrich Pohl herausgegebene Sammelband »Sachsen im Kaiserreich« dar.²⁴ Die darin angestoßene Erforschung der sächsischen Vorkriegszeit und der sächsischen Parteien im Kaiserreich dürfte mit dem monumentalen Werk von James Retallack, einem der besten Sachsenkenner, jetzt einen vorläufigen Abschluss gefunden haben.²⁵

Zugleich standen nun auch das »sozialdemokratische« Sachsen und die Politik der KPD in der Weimarer Republik im Fokus, wurden von zumeist jüngeren Historikern analysiert, die vielfach der Sozialdemokratie nahestanden. Diese trieb vor allem die Frage um, warum das »rote Sachsen« des Kaiserreiches und der Weimarer Republik nach 1989 diese Tradition nicht fortgesetzt hatte und das sozialdemokratische Milieu fast vollständig verschwunden war.²⁶

Wegweisend für die neuere Forschung ist die überzeugende, kenntnisreiche, höchst detaillierte und auch heute noch ertragreiche Pionierstudie von Karsten Rudolph, der mit ihr den Begriff des *linksrepublikanischen Projektes* in die Diskussion eingeführt hat.²⁷ In diesem Kontext entstanden eine Reihe weiterer wichtiger Studien, genannt seien nur Chris Szejnmanns Werk über Sachsen in der Weimarer Republik²⁸, Benjamin Lapps Klassiker über »Revolution from the Right«²⁹ oder die Arbeiten von Werner Bramke und seiner Mitarbeiter.³⁰

Zeitgleich erfolgte eine intensive Auseinandersetzung über die Rolle der Kommunisten im *linksrepublikanischen Projekt* im Jahr 1923. Schwerpunkte waren dabei die

Analyse der Ziele der sächsischen KPD, die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Flügeln sowie der Einfluss »Moskaus« und der II. Internationalen auf die kommunistische Politik in Sachsen. Zum Teil waren diese Studien höchst kritisch, wie Otto Wenzels genaue Analyse der deutschen Oktoberrevolution, einer Studie mit einer langen, komplizierten und sehr politischen Vorgeschichte.³¹

Von Bedeutung bleibt jedoch vor allem der Sammelband »Deutscher Oktober. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern«.³² Er analysierte die damals neuen (und in dem Buch z. T. erstmals veröffentlichten) Quellen kritisch, die einzelnen Autoren waren im Urteil eher abwägend und stellten vor allem die kommunistischen Entscheidungsprozesse genauer dar. Ganz im Sinne der älteren DDR-Geschichtsschreibung verteidigte später noch einmal Hans-Joachim Krusch in seiner 1998 erschienenen Studie (im Anhang mit einer Fülle von wichtigen Dokumenten) die sozialistisch-kommunistische Politik im Jahre 1923 in Sachsen, wobei eine kritische Sonde nur schwer zu erkennen ist.³³

Fortan beschäftigte sich auch eine jüngere Generation meist sächsischer Historiker intensiv mit allen Facetten der sächsischen Politik nach 1918/19, mit großer Sorgfalt, umfangreicher Sachkenntnis, auf der Basis eines breiten Quellenfundus und sorgfältiger Recherchen. Genannt seien hier vor allem die Namen von Mike Schmeitzner³⁴ mit seinem umfangreichen Werk über Alfred Fellisch und Michael Rudloff mit einer Fülle von Aufsätzen und einer Studie u. a. über Erich Zeigner und einer gemeinsam mit Schmeitzner verfassten Geschichte der Sozialdemokratie im Sächsischen Landtag.³⁵ Auch Thomas Adam mit seiner Arbeit über Leipzig,³⁶ Swen Steinberg³⁷ mit seiner Firmengeschichte der Familie Niethammer und nicht zuletzt Carsten Voigt mit seiner Darstellung des

Reichsbanners haben wesentlich zur Aufarbeitung der Geschichte dieses Zeitraumes beigetragen.³⁸ Einen vorläufigen Abschluss fanden alle diese Arbeiten im Jahr 2019 mit dem Sammelband »Der gespaltene Freistaat«. Er spiegelt den Ertrag der bisherigen Forschung sehr präzise wider.³⁹

Genannt werden sollten in dieser sehr subjektiven und punktuellen Literaturlauswahl schließlich noch einige Spezialstudien, wie etwa der »Klassiker« von Burkhard Poste über die sächsische Schulpolitik⁴⁰ oder die neuere Untersuchung von Janosch Pastewka über die Arbeit im Sächsischen Parlament: »Koalitionen statt Klassenkampf«. ⁴¹ Kurzum: Sachsen 1923 scheint nach einem längeren Vorlauf nun von der Forschung wieder entdeckt und eifrig beforscht zu sein. Insgesamt wird das *linksrepublikanische Projekt* gegenwärtig jedoch nach wie vor eher kritisch bewertet.

Leitfragen

Angesichts dieses Sachstandes scheint es sinnvoll zu sein, aus etwas distanzierterer Sicht nicht nur den Stand der Forschung zusammenzufassen, sondern einige Schwerpunkte neu zu setzen, die bisher in der Diskussion möglicherweise etwas ausgeblendet worden sind. Vor allem soll diskutiert werden, ob das *linksrepublikanische Projekt* ein sinnvoller und auch gangbarer Weg gewesen ist, die Republik zu stabilisieren, vor ihren Gegnern zu bewahren und die Demokratisierung auf allen Ebenen weiter voranzutreiben oder aber ob es eher kontraproduktiv wirkte und stattdessen zu einer Destabilisierung Sachsens und des Reiches führen musste.

Untersucht wird mithin, wie das konkrete politische, ökonomische und kulturelle Kräftefeld aussah, in dem das

linksrepublikanische Projekt angesiedelt war. Analysiert werden die Kräfte, die das Projekt förderten, gefragt wird nach deren Motivation (vor allem KPD und SPD), aber auch nach den Motiven der Antagonisten (Konservative, Bürgertum, Wirtschaft, Militär, Verwaltungen, Justiz u. a.), die das Projekt verhindern wollten. Untersucht werden schließlich auch die Formen der Unterstützung und des Widerstandes gegen das Projekt.

Zudem sollen einige Forschungsdesiderate diskutiert werden: So gibt es immer noch kleinere Lücken bezüglich der Rolle der Sozialdemokratie und größere über das Verhalten der Kommunisten. Trotz umfangreicher Forschungen und einer detaillierten Auswertung des parlamentarischen Geschehens fehlen noch weiterführende Überlegungen sowohl zur politischen Kultur im Parlament als auch zu den öffentlichen Auseinandersetzungen. Gesucht wird hier nach Gemeinsamkeiten, aber auch Trennendem innerhalb der politischen Linken sowie nach einer möglichen gemeinsamen politischen Kultur über die Parteigrenzen hinweg. Dabei spielt etwa die Sprache im Parlament eine besondere Rolle.

Auch die Grundprobleme der Kommunisten - Eigenständigkeit oder Abhängigkeit von Moskau, Revolution sofort oder allmähliche Umgestaltung der Verhältnisse zusammen mit den Sozialisten - warten noch auf eine weitere, vertiefende Analyse. Gefragt wird nach Möglichkeiten der Kooperation zwischen Sozialisten und Kommunisten, nach dem Einfluss von »Moskau« und »Berlin« auf die Politik der sächsischen Kommunisten, aber auch nach dem Eigenleben der sächsischen KPD. Nicht zuletzt bleibt zu untersuchen, wie groß die Gefahr war, die von den Kommunisten ausging, die in Sachsen den »roten Oktober« und damit den gewaltsamen politischen Umsturz planten.

Ähnliche Forschungslücken gibt es bei der Beurteilung der Rolle der Industrie: Das Verhalten des Verbandes Sächsischer Industrieller (VSI) als wirtschaftlicher Pressure Group in Verbindung mit den bürgerlichen Parteien kann noch vertieft werden. Thematisiert wird hier besonders der Einfluss des VSI auf die Politik der bürgerlichen Parteien und nicht zuletzt die Rolle Gustav Stresemanns. Auch im Bereich der Reichswehr bleibt noch einiges zu klären: Die Bedeutung der »Schwarzen Reichswehr«, die Zielsetzungen der Reichswehr und ihres Ministers Geßler. Die gravierenden Unterschiede zwischen der sächsischen Regierung und dem Reich in der Bewertung der Rolle des Militärs sind ebenfalls ein noch nicht umfassend geklärtes Feld. In Sachsen entwickelten sich offenbar ganz eigene Vorstellungen von dem Verhalten von Polizei und Militär gegenüber der Bevölkerung bei inneren Unruhen. Diese neue Strategie ist vor allem mit dem Namen Hermann Schützingers verbunden.⁴²

Schließlich bleiben auch auf der Ebene der konkreten Politik noch einige Fragen offen, etwa nach der Bedeutung einzelner ausgewählter Reformen, die die Regierung Zeigner weiter vorantrieb oder neu anschoß. Es geht um die Schulpolitik und die Gemeindereform. Auch die Tätigkeit der neugeschaffenen Regierungskommissare kann noch eingehender analysiert werden. Zu fragen wäre schließlich nach der Rolle des Reiches, der agierenden Minister (etwa Geßler), Kanzler (Cuno, Stresemann) und des Reichspräsidenten (Ebert). Was bewegte sie dazu, das *linksrepublikanische Projekt* abzulehnen und das Militär einzusetzen, das das Projekt dann blutig beendete? Nicht zuletzt wird aber immer wieder die Frage nach den Chancen des *linksrepublikanischen Projektes* in der Weimarer Republik gestellt - auch 100 Jahre nach den Ereignissen von 1923.

Quellengrundlage

Die wichtigste Quellengrundlage bilden Aktenbestände aus den Archiven in Dresden und Chemnitz, sowie punktuell aus München und Berlin, die zeitgenössischen Debatten im Sächsischen Landtag sowie die breite sächsische Presselandschaft. Gerade die Debatten im Landtag und die Presseberichte bieten ein nahezu unerschöpfliches Material, das die Haltung der Befürworter und Gegner des *linksrepublikanischen Projektes* mit seltener Deutlichkeit kennzeichnet.

Das Zeitungswesen ist in einer Zeit ohne Radio, Fernsehen oder Internet eine fast einzigartige Informationsquelle.⁴³ Das gilt auch dann, wenn man die repressiven Bedingungen der Zensur vor und während des Jahres 1923 berücksichtigt.⁴⁴ Alle sächsischen Presseorgane sahen ihre Aufgabe vor allem in Aufklärung, Meinungsbildung und politischer Information, waren an der Bildung einer kritischen Öffentlichkeit interessiert. Zugleich spiegelte sich der Meinungsbildungsprozess über Politik und Gesellschaft geradezu lückenlos, kontinuierlich und in allen einzelnen Schritten und Facetten in den Zeitungsberichten wider. Durch die Presse wurden zudem wichtige Denk- und Verhaltensmuster produziert - immer abhängig von der politischen Tendenz des jeweiligen Presseorganes. Aus diesem Grunde können durch einen Vergleich die Weltbilder der verschiedenen Akteure gut herausgearbeitet werden.

Die Bedeutung der Presse für die Sozialdemokratie und ihr geradezu verzweifelter Appell an die Genossen, mehr sozialistische Zeitungen zu lesen, unterstreichen diese Überlegungen:

Die Quelle der öffentlichen Meinung ist unleugbar die Tagespresse. Aber leider, von rund 8 Millionen in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiterinnen und Arbeitern sind doch höchstens 2 Millionen Leser einer sozialistischen Zeitung. Das heißt: 6 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter stehen

unter dem geistigen Einfluß der bürgerlichen Presse, 6 Millionen, die mit ihren sauer verdienten Beiträgen und mit unsäglichen Opfern für die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise kämpfen, lassen sich von ihren Klassengegnern deren politische Meinung ins Haus bringen.⁴⁵

Konsequenz: »Der soziale Gedanke wird so lange lebensunfähig bleiben, wie es nicht gelingt, die Quelle der kapitalistischen Ideenverseuchung durch die bürgerliche Presse zu verstopfen«.

Ausgewertet wurden für diese Studie die Dresdner Neuesten Nachrichten (DNN), die Dresdner Nachrichten (DN), die Dresdner Volkszeitung (DVZ) und die Leipziger Volkszeitung (LVZ) sowie die Sächsische Industrie (SI). Die DNN, ein bürgerliches Blatt, besaß die höchste Auflage mit etwa 110.000 Exemplaren. Ihr zentrales Verbreitungsgebiet lag innerhalb Dresdens und Ostsachsens. Die Zeitung, ursprünglich eine Vertreterin der formal unpolitischen bürgerlichen Generalanzeigerpresse, war 1893 gegründet worden und berichtete national-konservativ, zum Teil sogar bürgerlich offen. Die DN demgegenüber, bereits 1856 gegründet, war ein unverkennbar nationales Blatt mit einer Auflage von knapp 40.000 und einer Verbreitung über ganz Sachsen.

Als Sprachrohr der Dresdner Sozialdemokratie hatte die DVZ eine Auflage von knapp über 40.000 Exemplaren. 1908 aus der Sächsischen Arbeiterzeitung hervorgegangen, vertrat sie in der Regel einen mehrheitssozialdemokratischen Kurs. Aus diesem Grunde schrieben eine Reihe führender reformorientierter Sozialdemokraten für die DVZ, wie zum Beispiel Georg Gradnauer, erster sozialdemokratischer sächsischer Ministerpräsident.⁴⁶

Leipzig war seit Jahrhunderten Mittelpunkt des deutschen Journalismus gewesen, auch bei den Sozialisten.⁴⁷ Die sozialdemokratische LVZ, die eine Auflage von etwa 40.000 Exemplaren hatte, war daher eine

höchst wirkungsmächtige Zeitung, die u. a. Bruno Schoenlank, Wilhelm Blos, Franz Mehring, Paul Lensch, Rosa Luxemburg und Hans Block geleitet hatten. Sie war vor allem in ein lebendiges sozialistisches Arbeitermilieu eingebettet. Weil die LVZ wegen ihrer ökonomischen Konstruktion vom Parteiapparat unabhängig war, genoss sie einen erheblichen Freiraum in ihrer Berichterstattung.

Nach der Spaltung der SPD im Ersten Weltkrieg wurde sie das wichtigste Organ der sozialistischen Linken und blieb dies auch nach Vereinigung von USPD und MSPD im Jahre 1922. Durch die Fusion der beiden Parteien hatte das Blatt allerdings seinen radikalen Charakter eingebüßt. Die LVZ unterstützte seitdem grundsätzlich den Linkskurs der sächsischen Sozialdemokratie und war damit eine Stütze des *linksrepublikanischen Projektes*.

Gustav Stresemann hatte die »Sächsische Industrie«, das Verbandsorgan des VSI, kurz nach der Jahrhundertwende ins Leben gerufen und die Zeitschrift auch bis zu seinem Wechsel nach Berlin geleitet. In ihr bündelten sich die Interessen der sächsischen verarbeitenden Industrie. Gleichfalls von hohem Wert sind die vom VSI herausgegebenen »Veröffentlichungen des Verbandes Sächsischer Industrieller«, meist Themenhefte voller Informationen und Meinungsäußerungen aus industrieller Sicht. Beide Zeitungsorgane vertraten – die SI regelmäßig, die Beihefte eher punktuell – nicht nur die offizielle Politik »der« sächsischen Industrie, sondern verstanden sich auch als Ratgeber für die (Wirtschafts-) Politik von DDP, DNVP und vor allem der DVP. Sie waren daher immer auch indirekt Organe des Wirtschaftsflügels der sächsischen DVP. Der Neffe Stresemanns, Franz Miethke, sowie der Syndikus und Landtagsabgeordnete Rudolf Schneider waren hier wichtige Akteure und zugleich enge Vertraute und Ratgeber Stresemanns im Jahr 1923.

Die Ereignisse in Sachsen sind auch von zwei politisch höchst engagierten Zeitgenossen dokumentiert worden, die zugleich beobachtende Historiker, engagierte Bürger und handelnde Politiker gewesen sind. Beide waren im Prinzip Unterstützer des *linksrepublikanischen Projektes*. Walter Fabian, erst seit 1924 Mitglied der SPD, gehörte deren linkem Flügel an.⁴⁸ Seit der Revolution 1918/19 schrieb er aber bereits für verschiedene sozialistische Zeitschriften. Er war zugleich aktives Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft sowie des Bundes Entschiedener Schulreformer, was sein besonderes Interesse für eine Friedenspolitik und die neue sächsische Schulpolitik erklärt. Als Redakteur der sozialdemokratischen Chemnitzer Volksstimme war er dann seit 1925 vollständig in die sächsische Politik der Sozialdemokratie eingebunden.

Richard Lipinski wiederum, der andere Autor, ein Sozialdemokrat der ersten Stunde, war eine der Schlüsselfiguren der sozialistischen Politik im Sachsen des frühen 20. Jahrhunderts.⁴⁹ Er ist als politisch Linker innerhalb der SPD, zugleich jedoch auch als ein Gegner der Kooperation der Sozialisten mit den Kommunisten einzuordnen. Er verfasste eine Geschichte der ersten Jahre sozialistischer Politik in Sachsen: »Der Kampf um die politische Macht in Sachsen«.⁵⁰ Diese Schrift ist stark durch die Absetzung der Regierung Zeigner, die Spaltung der SPD-Fraktion und die Kooperation vieler sozialistischer Landtagsmitglieder mit dem Bürgertum geprägt.

Beide publizierten noch vor dem Ende Weimars über die Geschichte der frühen Weimarer Republik und über Sachsen. Sie waren also noch nicht von dem Trauma der Zerstörung der Republik durch den Nationalsozialismus beeinflusst, was ihre kritischen Beiträge besonders aufschlussreich macht und zugleich die Schärfe ihrer Analyse bestätigt. Ihre Darstellungen zeichnen sich durch eine präzise Kenntnis der Ereignisse in Sachsen und einen

analytisch geschulten Blick aus. Zugleich aber wird dieser auch durch eigenes Erleben mitbestimmt, etwa bei Fabian, der als Jude nicht nur Außenseiter in seiner Zunft war. Seine scharfsinnige Analyse »Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918-1930« stellt eine unschätzbare Ergänzung der sonstigen historischen Materialien dar.⁵¹

Besondere Analyseinstrumente

Ferner sollen die eng miteinander verwandten »weichen« Kriterien »*Milieu*«, »*Vertrauen*«, »*Autorität*« und »*Gewalt*« als zusätzliche Analyseelemente genutzt werden, um auf diese Weise mehr Tiefenschärfe zu gewinnen. Sie können gerade bei der Untersuchung einer so dicht verwobenen Milieugemeinschaft, wie es die Sozialdemokratie darstellte, dabei helfen, Handlungen von politischer Basis und politischer Führung in diesen entscheidenden Jahren noch besser zu verstehen.⁵²

Das sozialdemokratische Milieu beruhte vor allem auf einem lang erarbeiteten gegenseitigen Vertrauen sowie gemeinsamen politischen und kulturellen Werten, Traditionen und Ritualen, die Basis und Führung miteinander verbanden. Es war durch die hohe Autorität, die die sozialdemokratische Führung bei den Genossen besaß, gekennzeichnet. Diese Autorität war über Jahrzehnte, auch in schwierigsten Zeiten der Verfolgung und in der langen Leidensgeschichte im Kaiserreich, gewachsen und schien nur schwer erschüttert werden zu können - eine Autorität, die zu einer hohen Bindungskraft führte. Gemeinsam empfundenes Leiden gehört daher direkt zur Geschichte der Milieugemeinschaft Sozialdemokratie.

»*Vertrauen*« meint in diesem Kontext eine »latente Erwartung an ein stabiles Verhalten des anderen«. ⁵³ Es

stellt mithin die Grundlage für ein soziales Miteinander dar. Es ist die subjektive oder auch kollektive Überzeugung oder das Gefühl für die Richtigkeit, Wahrhaftigkeit, Korrektheit oder Redlichkeit von Personen oder einer Gruppe von Personen. Dazu gehört auch der Glaube an deren Kompetenz. Vertrauen fällt umso leichter, wenn bereits auf langjährige positive Erfahrungen zurückgegriffen werden kann, wie es gerade bei den Sozialdemokraten der Fall war. Im sozialdemokratischen Milieu ging das Vertrauen an die Führung – das zeichnete es gegenüber anderen politischen und gesellschaftlichen Milieus aus – weit über eine rationale Anerkennung und Respektierung hinaus. Es besaß oftmals eine hoch emotionale, ja manchmal geradezu religiös anmutende Komponente.⁵⁴

In der Nähe zu »*Vertrauen*« ist der Begriff der »*Autorität*« zu verorten.⁵⁵ Gemeint ist damit eine soziale Positionierung, die eine Institution, eine bestimmte Gruppe oder aber eine Einzelperson genießen. Er kommt damit dem Bourdieuschen Begriff »*Habitus*« nahe.⁵⁶ Die Autorität einer Person führt in der Regel dazu, dass andere Menschen sich in ihrem Denken und Handeln an ihr orientieren. Bei den Sozialisten spielte in diesem Kontext – wie erwähnt – die gemeinsame lange Geschichte der Unterdrückung, die die Organisationen in der Wahrnehmung ihrer Anhänger dank ihrer Führungspersonen immer überstanden hatten, die entscheidende Rolle. Das zeichnete die Sozialisten in besonderem Maße aus.

Angesichts der Situation in Sachsen nach 1918/19 wäre daher zu fragen, wie tragfähig das nahezu unerschütterliche Vertrauen, das die Arbeiterschaft ihren langjährigen Organisationen (Gewerkschaften, Parteien, Presse, Vorfeldorganisationen), aber auch ihren Führern lange Zeit entgegengebracht hatte, noch war oder ob es

durch die vielfachen Spaltungen der Arbeiterbewegung gebrochen oder gar zerstört wurde.⁵⁷

Die neu entstandenen verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung, bei der jede einzelne von ihnen Vertrauen erwerben und zugleich Autorität genießen wollte, führten daher immer auch zu einem verschärften Kampf zwischen den sozialistischen Parteien um die Vorherrschaft im sozialistischen Milieu, einem Kampf, der nicht nur verbal ausgetragen wurde. Für die Fragestellung dieser Studie ist daher wichtig, in welchem Maße diese Auseinandersetzungen das »sozialmoralische Milieu«, das die Arbeiterbewegung vereinte, unterminierte, oder aber ob es über alle linken Parteigrenzen hinweg zumindest rudimentär erhalten blieb? Konnte das *linksrepublikanische Projekt* somit noch auf die Faktoren »Vertrauen«, »Autorität« und »sozialistisches Milieu« bauen?⁵⁸

Ein weiterer Analyseansatz stellt die »*Politische Gewalt*« dar.⁵⁹ Politische Gewalt meint hier in Anlehnung an Dirk Schumann:

[...] die Ausübung physischen Zwangs, die prinzipiell kollektiv geschieht, sich sowohl auf Sachen wie auch auf einzelne Menschen oder auf Gruppen richten kann und deren Akteure in dem Objekt, auf das sie zielen, zugleich das politische System als Ganzes oder ein als gegnerisch verstandenes politisches Konzept zu treffen versuchen.⁶⁰

In den ersten Jahren der Republik gab es nach den Revolutionskämpfen einen deutlichen Gewaltanstieg zu verzeichnen. Dabei spielten die Kriegserfahrungen einer Vielzahl junger Männer eine große, aber wahrscheinlich nicht die alles entscheidende Rolle. Es waren auch nicht nur die Morde und bürgerkriegsähnlichen Kämpfe, also kriegsähnliche Handlungen, die die Gewalt in der Republik kennzeichneten, sondern es ging offensichtlich auch um die Besetzung des öffentlichen Terrains – so Dirk Schumann in seiner wegweisenden Studie.⁶¹

In diesem Kontext verstand sich die SPD von jeher als eine Partei der »Ruhe und Ordnung«, die im Prinzip die Anwendung jeglicher Gewalt ablehnte. Sie wollte immer – im Gegensatz zu Teilen der KPD – konsensorientierte Lösungen auf demokratischem Wege. Insofern kann das Gewaltpotential, das jeweils vor Ort aufflammte, als ein möglicher Indikator für das Maß des SPD-Einflusses in der jeweiligen Situation dienen. Überspitzt ausgedrückt heißt das: Je mehr Gewalt ausgeübt wurde, desto geringer war der Einfluss der SPD auf das jeweilige Geschehen.

Es gibt in Sachsen in der Tat eine Reihe von Hinweisen, dass im Zeichen des »*linksrepublikanischen Projektes*« von Seiten des durch Sozialisten geleiteten Staates und seiner Organe versucht wurde, Gewalt zu vermeiden oder wieder einzudämmen. Die sächsische Schutzpolizei und das Instrument der Regierungskommissare spielten hierbei eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang wäre auch das Instrument der »Proletarischen Hundertschaften« zu nennen. Welchen Einfluss diese Strategie auf die sächsische Politik besaß, soll ebenfalls untersucht werden.

-
- 1 Vgl. für viele: Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Bd. 1. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, Bonn 2000, S. 434 ff. Dieses Diktum gilt auch für die meisten neuen Hand- und auch Schulbücher.
 - 2 Vgl. Longerich, Peter: Deutschland 1918–1933. Die Weimarer Republik, Hannover 1995; Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, München 2002 und Peuckert, Detlef K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987. Zu Stresemann vgl. Wright, Jonathan: Gustav Stresemann, Weimars größter Staatsmann, München 2006 und Pohl, Karl Heinrich: Gustav Stresemann. Biografie eines Grenzgängers, Göttingen 2015.
 - 3 In der umfassenden und grundlegenden Gesellschaftsgeschichte von Hans-Ulrich Wehler kommt der Name Zeigner nicht vor. Dem »Komplex Sachsen« werden nur wenige Zeilen gewidmet. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Bd. 4. Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten, München 2003, S. 405 f.

- 4 Vgl. dazu schon früh Rudolph, Karsten: Die Sozialdemokratie in der Regierung. Das linksrepublikanische Projekt in Sachsen 1920–1922, in: Grebing, Helga u. a. (Hg.): Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 212–225, S. 212 f. Nicht zuletzt wäre unter europäischem Gesichtspunkt zu betonen, dass »das Scheitern einer von sowjetischen Kommunisten und der KPD-Führung geplanten revolutionären Erhebung das wichtigste Ereignis [war]. Deutschland wurde nicht kommunistisch«. So Fetcher, Iring: Die vergessene deutsche Oktoberrevolution 1923, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2004), S. 391. Rezension der Bücher von Otto Wenzel und Deutscher Oktober 1923.
- 5 Vgl. Anderson, Margaret L.: Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich, Stuttgart 2009; vgl. Richter, Hedwig: Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2021.
- 6 Zu Revolution 1918/19 vgl. zuletzt nur Braune, Andreas/Dreyer, Michael (Hg.): Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch? Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort, Stuttgart 2019. Ferner Gallus, Alexander (Hg.): Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010; Käppner, Joachim: »1918«. Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen, München 2017 und Niess, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie, Berlin u. a. 2017.
- 7 Zur Diskussion vgl. Winkler: Deutsche Geschichte 2000, S. 366 ff.
- 8 Zum neueren Stand der Diskussion nur: Braune/Dreyer: Zusammenbruch 2019, allgemein: Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008.
- 9 Kolb, Eberhard: Die steckengebliebene Revolution, in: Stern, Carola/Winkler, Heinrich August (Hg.): Wendepunkte Deutscher Geschichte. 1848–1990, Frankfurt am Main 2003, S. 99–125 und Rürup, Reinhard: Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968.
- 10 Geradezu klassisch dazu die Haltung Friedrich Eberts. Vgl. Mühlhausen, Walter: Friedrich Ebert. 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2007, S. 98–106. Zu regionalen Aspekten vgl. Lehnert, Detlef (Hg.): Revolution 1918/19 in Norddeutschland, Berlin 2018.
- 11 Hinweise auf die Literatur jeweils an den entsprechenden Textstellen. Hier vgl. nur Hermann, Konstantin/Schmeitzner, Mike/Steinberg, Swen (Hg.): Der gespaltene Freistaat. Neue Perspektiven auf die sächsische Geschichte 1918 bis 1933, Dresden 2019 (mit ausführlicher Bibliografie) sowie der präzise und kenntnisreiche Überblick von Voigt, Carsten/Rudloff, Michael: Die Reichsexekution gegen Sachsen 1923 und die Grenzen des Föderalismus, in: Richter, Michael/Schaarschmidt, Thomas/Schmeitzner, Mike (Hg.): Länder, Gaue und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert, Dresden 2007, S. 53–72. Die